

C Übersicht über alle Nachrichten



OSCI® ist eine registrierte Marke
der Freien Hansestadt Bremen

In diesem Anhang werden alle Nachrichten – nach Hauptgruppen getrennt – aufgeführt.

Nummer	Beschreibung	Verweis
Nachrichten der Hauptgruppe fortschreibung		
0001	Ein bisheriger, falscher Wert für das Geschlecht des Betroffenen wird berichtigt.	Seite 245
0002	Geschlechtsumwandlung. Das Geschlecht des Betroffenen hat sich geändert. Der neue Wert wird mitgeteilt. In der Regel ist dieser Nachricht eine Nachricht 0033 (Vornamensänderung) vorausgegangen. Diese Namensänderung findet üblicherweise weit vor der Geschlechtsumwandlung statt.	Seite 246
0003	Das bisher gespeicherte Geburtsdatum des Betroffenen ist falsch und muss berichtigt werden.	Seite 242
0004	Die Informationen zum Familienstand des Betroffenen sind falsch und müssen berichtigt werden. Diese Nachricht kann auch für die Korrektur der Ehebeendigung / Beendigung der Lebenspartnerschaft und der Korrektur der Eheschließung / Begründung einer Lebenspartnerschaft genutzt werden. Der Familienstand muss immer übermittelt werden. Die vorliegenden Nachweisdaten sind ebenfalls zu übermitteln, unabhängig davon, ob sie geändert wurden oder nicht.	Seite 233
0005	Bei Eintragung einer Sperre bei einer aktuellen Wohnung sind sofort alle aktuellen und inaktuellen Wohnungen über die Einrichtung zu informieren. Bei Eintragung einer Sperre bei einer aktuellen Wohnung aufgrund einer erhaltenen Nachricht 0005 sind alle inaktuellen Wohnungen über die Einrichtung zu informieren.	Seite 257
0006	Die sendende Meldebehörde teilt der adressierten Meldebehörde mit, dass ein Personaldokument in das Melderegister übernommen oder eingetragen worden ist.	Seite 238
0008	Mitgeteilt wird der Beginn einer Partnerschaft (Eheschließung oder Begründung einer Lebenspartnerschaft) des Betroffenen. Die für die Nebenwohnung zuständige Meldebehörde benötigt sowohl den Geschäftsvorfall als auch die Nachweisdaten, um ihr Melderegister entsprechend fortzuschreiben.	Seite 275
0009	Die Partnerschaft (Ehe oder Lebenspartnerschaft) des Betroffenen wurde beendet. Übermittelt wird der neue Familienstand. Nähere Angaben zum Dokument, mit dem das Partnerschaftsende (von einem Gericht oder einer Behörde) belegt wird, sind in den Nachweisdaten (im Element nachweis.partnerschaft.ende) enthalten.	Seite 277
0011	Der Partner (Ehegatte oder Lebenspartner) des Betroffenen ist verstorben. Übermittelt werden der neue Familienstand und nähere Angaben zum Tod des Partners. Nachweisdaten sind nicht zu übermitteln, da die Ehe/Lebenspartnerschaft durch den Tod beendet wurde.	Seite 279

Nummer	Beschreibung	Verweis
0013	<p>Der Betroffene (ein Kind) wird von den Elternteilen adoptiert. Mit dem Kindelement elternteil sind alle gesetzlichen Vertreter des Kindes nach dem Adoptionsvorgang zu übermitteln.</p> <p>Die für die Nebenwohnung zuständige Meldebehörde benötigt sowohl den Geschäftsvorfall als auch die Nachweisdaten, um ihr Melderegister entsprechend fortzuschreiben.</p> <p>Weitere Änderungen im Zusammenhang mit der Adoption (z. B. Änderungen von Vornamen bzw. Staatsangehörigkeiten) sind mit den dafür vorgesehenen Nachrichten mitzuteilen.</p>	Seite 234
0014	<p>Angaben zum Geburtsort des Betroffenen sind falsch und müssen berichtigt werden.</p> <p>Vorliegende Nachweisdaten sind zu übermitteln, unabhängig davon, ob sie geändert worden sind oder nicht.</p>	Seite 243
0018	Diese Nachricht ist zu verwenden, wenn die Daten des Betroffenen bzgl. der Angaben zu seinem gesetzlichen Vertreter nach § 2 Abs. 1 Nr. 9 MRRG fortgeschrieben worden sind.	Seite 285
0020	<p>Dem Betroffenen wird ein Gesetzlicher Vertreter zugeordnet.</p> <p>Die für die Nebenwohnung zuständige Meldebehörde benötigt den Geschäftsvorfall, um ihr Melderegister entsprechend fortzuschreiben.</p>	Seite 286
0022	<p>Mit dieser Nachricht wird die gesetzliche Vertretung für den Betroffenen beendet.</p> <p>Die für die Nebenwohnung zuständige Meldebehörde benötigt den Geschäftsvorfall, um ihr Melderegister entsprechend fortzuschreiben.</p>	Seite 287
0023	<p>Informationen zur gesetzlichen Vertretung für den Betroffenen sind falsch und müssen berichtigt werden. Dabei kann sowohl wegfallend als auch hinzukommend mehr als ein gesetzlicher Vertreter übermittelt werden.</p> <p>Werden zu einem Betroffenen mehrere gesetzliche Vertreter übermittelt, so darf nur bei eingetragener Lebenspartnerschaft entweder die Vertretungsart 1 (Vater) bzw. 2 (Mutter) zweifach vorkommen.</p> <p>Sonderfall: Wenn ein gesetzlicher Vertreter des Betroffenen wegfällt, ist mit dieser Nachricht folgendes zu übermitteln:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Im Kindelement vertreter.wegfallend sind <i>alle</i> bisherigen gesetzlichen Vertreter des Betroffenen zu übermitteln. • Im Kindelement vertreter.hinzukommend sind <i>alle</i> gültigen gesetzlichen Vertreter des Betroffenen zu übermitteln. 	Seite 288
0025	<p>Diese Nachricht ist zu verwenden, wenn die Daten des Betroffenen bzgl. der Angaben zu seinem Partner nach § 2 Abs. 1 Nr. 15 MRRG mit der Ausnahme der Angaben zum Sterbetag unabhängig von einer Familienstandsänderung fortgeschrieben worden sind.</p> <p>Muss der Sterbetag korrigiert werden, so ist dieser Sachverhalt über die Nachricht 0071 (dort über das Element datumende des Familienstands) mitzuteilen.</p>	Seite 280
0030	Der bisherige Familienname (ggf. mit Namensbestandteilen) des Betroffenen hat sich geändert.	Seite 247
0031	Der bisher gespeicherte Nachname (Ehe- Lebenspartnerschaft-, Geburts- oder Familienname) des Betroffenen ist falsch, er muss berichtigt werden.	Seite 248
0032	Der vom Familiennamen abweichende Geburtsname des Betroffenen hat sich geändert.	Seite 250
0033	<p>Die Ruf- bzw. Vornamen des Betroffenen haben sich geändert und sind fortzuschreiben.</p> <p>Es müssen sowohl alle alten als auch alle neuen Ruf- und Vornamen des Betroffenen übermittelt werden.</p> <p>Mit der Nachricht wird auch eine Vornamensänderung nach dem Transsexuellengesetz übermittelt.</p>	Seite 251

Nummer	Beschreibung	Verweis
0034	Die aktuellen Ruf- bzw. Vornamen des Betroffenen waren (teilweise) falsch, sie müssen berichtigt werden. Es werden alle gültigen Ruf- und Vornamen (und nicht nur die berichtigten) übermittelt.	Seite 254
0035	Die sendende Gemeinde teilt mit, dass der Betroffene die letzte Nebenwohnung in einer Gemeinde aufgegeben hat und er somit aus dieser Gemeinde wegzieht. Mit dieser Nachricht kann eine Nebenwohnung sowohl in der sendenden als auch in einer anderen Gemeinde aufgegeben werden. Dabei wird vorausgesetzt, dass der Betroffene vor dem Vorgang in der sendenden Gemeinde eine Wohnung hat und die auswärtige Nebenwohnung in der sendenden Gemeinde bekannt ist.	Seite 221
0036	Mitgeteilt wird der Auszug des Betroffenen aus einer Nebenwohnung. Der Betroffene hat in der Gemeinde, in der die bisher von ihm bewohnte Wohnung liegt, noch weitere Wohnverhältnisse: Damit liegt <i>kein</i> Wegzug aus der Gemeinde vor. Diese Nachricht kann auch benutzt werden, wenn eine Nebenwohnung in einer anderen Gemeinde aufgegeben wird. Dabei wird vorausgesetzt, dass der Betroffene vor dem Vorgang in der sendenden Gemeinde eine Wohnung hat und die auswärtige Nebenwohnung in der sendenden Gemeinde bekannt ist.	Seite 222
0037	Mitgeteilt wird die Einrichtung einer weiteren Nebenwohnung innerhalb der sendenden Gemeinde durch den Betroffenen.	Seite 223
0038	Der Betroffene zieht innerhalb der sendenden Gemeinde um. Dabei ändert sich der Wohnungsstatus nicht. Mit dieser Nachricht ist auch der Nebenwohnungsumzug möglich. Diese Nachricht ist auch dann zu verwenden, wenn eine in der sendenden Gemeinde neu begründete Wohnung die neue Hauptwohnung und die bisherige Hauptwohnung in der sendenden Gemeinde beibehalten wird (erweiterter Statuswechsel innerhalb einer Gemeinde).	Seite 223
0039	Mit dieser Nachricht wird ein Statuswechsel innerhalb der sendenden Gemeinde mitgeteilt. Die bisherige Hauptwohnung, ebenfalls innerhalb der sendenden Gemeinde, wird (ohne Übermittlung der Wohnungsdaten) entweder zur beibehaltenen Nebenwohnung (klassischer Statuswechsel) oder abgemeldet (erweiterter Statuswechsel innerhalb einer Gemeinde). Übermittelt wird in beiden Fällen nur die Wohnung, die durch den Statuswechsel zur Hauptwohnung wird. Dieser neue Status wird an die weiteren Wohnungen übermittelt.	Seite 224
0040	Mit dieser Nachricht wird mitgeteilt, dass der Betroffene verstorben ist.	Seite 269
0041	Die sendende Gemeinde teilt mit, dass die Nebenwohnung des Betroffenen von Amts wegen abgemeldet worden ist.	Seite 225
0042	Die bisher gespeicherten Daten waren korrekt, es hat sich aber ein neuer Sachstand ergeben. In titel.neu wird die nach der Fortschreibung gültige, komplette Liste aller Titel des Betroffenen angegeben.	Seite 267
0043	Die bisher gespeicherten Daten waren (teilweise) nicht korrekt, sie müssen berichtigt werden. In titel.neu wird die nach der Berichtigung gültige, komplette Liste aller Titel des Betroffenen angegeben.	Seite 268
0050	Die sendende Meldebehörde teilt der adressierten Meldebehörde mit, dass für den Betroffenen eine Auskunftssperre gelöscht worden ist. Bei Löschung einer Sperre bei einer aktuellen Wohnung im Publikumsverkehr sind alle aktuellen und inaktuellen Wohnungen über die Löschung zu informieren. Bei Löschung einer Sperre bei einer aktuellen Wohnung aufgrund einer erhaltenen Nachricht 0050 sind alle inaktuellen Wohnungen über die Löschung zu informieren.	Seite 258

Nummer	Beschreibung	Verweis
0054	Mit dieser Nachricht wird die Tatsache übermittelt, dass eine waffenrechtliche Erlaubnis erteilt worden ist. Sofern Nachweisdaten über die diese Tatsache mitteilende Behörde inkl. Informationen über den Tag der erstmaligen Erteilung vorliegen, werden diese mit übermittelt.	Seite 271
0055	Mit dieser Nachricht wird die Tatsache übermittelt, dass eine waffenrechtliche Erlaubnis aufgehoben worden ist. Sofern Nachweisdaten über die diese Tatsache mitteilende Behörde vorliegen, werden diese mit übermittelt.	Seite 272
0056	Mit dieser Nachricht wird die Tatsache übermittelt, dass eine sprengstoffrechtliche Erlaubnis erteilt worden ist. Sofern Nachweisdaten über die diese Tatsache mitteilende Behörde inkl. Informationen über den Tag der erstmaligen Erteilung vorliegen, werden diese mit übermittelt.	Seite 273
0057	Mit dieser Nachricht wird die Tatsache übermittelt, dass eine sprengstoffrechtliche Erlaubnis aufgehoben worden ist. Sofern Nachweisdaten über die diese Tatsache mitteilende Behörde vorliegen, werden diese mit übermittelt.	Seite 274
0058	Informationen zur Wohnung des Betroffenen innerhalb der sendenden Gemeinde wurden durch Korrektur richtig gestellt (z. B. nach einem Eingabefehler).	Seite 226
0059	Diese Nachricht ist zu verwenden, wenn die Daten des Betroffenen bzgl. der Angaben zu einem Kind nach § 2 Abs. 1 Nr. 16 MRRG mit der Ausnahme der Angaben zum Sterbetag fortgeschrieben worden sind. Der Sachverhalt <i>“Tod des Kindes”</i> ist mit der Nachricht 0062 mitzuteilen. Muss der Sterbetag korrigiert werden, so ist dieser Sachverhalt über die Nachricht 0071 mitzuteilen.	Seite 281
0060	Der Betroffene hat neben seiner Haupt- auch mindestens eine Nebenwohnung. Daher sind bei Eintragung des Kindes aufgrund Geburt, Vorlage der Vaterschaftsanerkennung oder Vorlage der steuerlichen Lebensbescheinigung die Kinddaten (nach § 2 Abs. 1 Nr. 16 MRRG) an die Nebenwohnung zu übermitteln.	Seite 282
0061	Informationen über die Daten eines Kindes des Betroffenen sind falsch und müssen berichtigt werden. Mit dieser Nachricht kann auch die Stornierung von bei der Betroffenen gespeicherten Kinddaten, die über eine irrtümlich erfasste Geburt im Melderegister fortgeschrieben worden sind, mitgeteilt werden.	Seite 283
0062	Mitteilung über den Tod eines Kindes des Betroffenen.	Seite 284
0063	Die sendende Meldebehörde teilt der adressierten Meldebehörde die Verlängerung eines Kinderreisepasses mit.	Seite 239
0064	Mitgeteilt werden Veränderungen an den Daten zu einem Personaldokument, die sich weder auf die Übernahme/Eintragung in das Melderegister, auf die Löschung aus dem Melderegister bzw. auf die Verlängerung eines Kinderreisepasses beziehen. Insbesondere sind hierunter Korrekturen zu fassen oder eventuelle Verlängerungen von Personaldokumenten für Ausländer.	Seite 240
0065	Das aus dem Melderegister der sendenden Meldebehörde gelöschte Personaldokument wird mitgeteilt.	Seite 241
0066	Mit dieser Nachricht wird jegliche Änderung/Korrektur der Religionszugehörigkeit des Betroffenen übermittelt.	Seite 289
0067	Die Nachricht ist zu verwenden, wenn eine Person, die bisher Ausländer war, die deutsche Staatsangehörigkeit annimmt, unabhängig davon, ob die bisherige Staatsangehörigkeit beibehalten wird oder nicht.	Seite 259

Nummer	Beschreibung	Verweis
0068	Die Nachricht ist zu verwenden, wenn eine Entlassung aus der deutschen Staatsangehörigkeit vorliegt. Dabei handelt es sich <i>nicht</i> um den Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit, der sich nach § 29 StAG ergeben kann (Optionsverfahren).	Seite 260
0069	Diese Nachricht wird zur Übermittlung der Korrektur der Glaubhaftmachung und der zugehörigen Nachweisdaten genutzt.	Seite 262
0070	Die Nachricht ist zu verwenden, wenn 1. sich bei einer Person Veränderungen bei einer weiteren (nichtdeutschen) Staatsangehörigkeit ergeben. Das kann neben einer Berichtigung die Aufnahme, der Verlust bzw. die Aufgabe einer weiteren Staatsangehörigkeit sein oder aber die Änderung einer Staatsangehörigkeit – auch durch die anerkannt geänderte Souveränität eines Staates. <i>oder</i> 2. bei der Erfassung der Staatsangehörigkeit eines Ausländers irrtümlich die deutsche Staatsangehörigkeit (ohne Nachweis der Glaubhaftmachung der deutschen Staatsangehörigkeit) eingetragen worden ist <i>oder</i> 3. bei der Erfassung der Staatsangehörigkeit eines Deutschen irrtümlich ein nicht-deutscher Staatenschlüssel eingetragen wurde. Nachweisdaten sind dabei regelmäßig nicht vorhanden.	Seite 263
0071	Mitgeteilt wird die Korrektur oder Rücknahme des Sterbetages einer beigeschriebenen Person (Kind, Partner oder Elternteil) des Betroffenen. Falls sich dadurch der Familienstand des Betroffenen ändert, so wird der neue Familienstand mitgeteilt. Da eine Korrektur von Nachweisdaten nicht benötigt wird, sind diese folglich auch nicht Bestandteil dieser Nachricht.	Seite 236
0072	Informationen zum früheren Vornamen des Betroffenen sind falsch und müssen berichtigt werden.	Seite 255
0073	Informationen zu einem früheren Familiennamen des Betroffenen sind falsch und müssen berichtigt werden.	Seite 256
0074	Die Nachricht ist zu verwenden, wenn für eine als verstorben gemeldete Person festgestellt wird, dass entweder der Sterbefall zu Unrecht übermittelt wurde oder die mitgeteilten Angaben zum Sterbefall nicht korrekt waren. Außerdem können mit dieser Nachricht fehlerhaft übermittelte Nachweisdaten korrigiert werden.	Seite 270
0075	Eine Person ist fälschlicherweise (evtl. doppelt) im Melderegister der sendenden Meldebehörde eingetragen und ist gelöscht worden. Vor einer Fortschreibung im Melderegister der empfangenden Meldebehörde muss der Sachverhalt dahingehend überprüft werden, ob diese Änderungen auch zu übernehmen sind.	Seite 290
0076	Die sendende Gemeinde teilt mit, dass der Betroffene irrtümlich abgemeldet wurde. Ein Wegzug ist jedoch nie erfolgt.	Seite 227
0077	Mit dieser Nachricht wird ein irrtümlich vorgenommener <i>“Statuswechsel innerhalb einer Gemeinde”</i> (Nachricht 0039) zurückgenommen.	Seite 228
0078	Mit dieser Nachricht wird mitgeteilt, dass die Person nach Beendigung des Optionsverfahrens (Entscheidung zwischen deutscher oder ausländischer Staatsangehörigkeit) die deutsche Staatsangehörigkeit verloren hat.	Seite 265

Nummer	Beschreibung	Verweis
0079	<p>Diese Nachricht wird verwendet, wenn Änderungen zur deutschen Staatsangehörigkeit im Weg des Optionsverfahren eingetragen wurden. Hier werden drei Varianten unterschieden:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Nach Abschluss des Optionsverfahrens bleibt der Betroffene deutscher Staatsangehöriger. 2. Der Betroffene behält die deutsche Staatsangehörigkeit und eine EU-Staatsangehörigkeit. 3. Der Betroffene behält die deutsche und eine weitere (Nicht-EU-) Staatsangehörigkeit nach Abschluss des Beibehaltungsklageverfahrens. 	Seite 265
0080	<p>Mit dieser Nachricht teilt die Gemeinde eine Änderung/Fortschreibung der Daten einer Anschrift in Folge einer Umbenennung (ohne Änderung des AGS und/oder des amtl. Gemeindenames (Wohnort)) mit. Beispiele:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Straßenumbenennungen • Hausnummeränderungen • Änderung oder Neuvergabe von Postleitzahlen <p>Die bisherigen und neuen Daten zur Anschrift sind vollständig zu übermitteln.</p>	Seite 229
0081	<p>Mit dieser Nachricht teilt die Gemeinde eine Umbenennung einer Gemeinde oder eine Änderung am Gemeindegefüge (Änderung des AGS und/oder amtl. Gemeindenames (Wohnort)) mit.</p> <p>Dabei sind Situationen denkbar, bei denen dem empfangenden Fachverfahren <i>noch</i> keine Informationen über die geänderten AGS/Gemeindennamen vorliegen. Die Nachricht darf deshalb nicht zurückgewiesen werden.</p> <p>Ändern sich in diesem Zusammenhang weitere Anschriftdaten, werden diese ebenfalls mit dieser Nachricht mitgeteilt.</p> <p>Die bisherigen und neuen Daten zur Anschrift sind vollständig zu übermitteln.</p>	Seite 231
0198	<p>Die versuchte Bearbeitung einer Fortschreibung hat ergeben, dass der Betroffene nicht identifiziert werden konnte oder verstorben bzw. verstorben ist. Daher wird diese Nachricht an den Absender der eingegangenen Fortschreibungsnachricht geschickt. Dies gilt nicht bei Eingang einer Nachricht</p> <p>fortschreibung.sperre.0005 bzw. fortschreibung.sperreloeschen.0050.</p> <p>Die Daten im Kindelement betroffener müssen eine Kopie der Daten sein, wie sie im Rahmen der "Fortschreibung", auf die mit dieser Nachricht reagiert wird, angegeben sind. Im darin enthaltenen Identifikationsblock muss das Element anschrift.sender weggelassen werden. Das Element anschrift.empfaenger ist mit dem Element anschrift.sender aus der erhaltenen Fortschreibungsnachricht zu befüllen.</p>	Seite 291
Nachrichten der Hauptgruppe rueckmeldung		
0201	<p>Die sendende Gemeinde informiert die empfangende Gemeinde über die in der sendenden Gemeinde erfolgte Anmeldung.</p> <p>Die empfangende Gemeinde wertet die Nachricht aus und reagiert immer mit einer Rückmeldungsauswertung (siehe dort).</p> <p>Rückmeldungen, die sich aus der Anmeldung eines Umzugsverbandes ergeben, sollen in einem Umzugsverband-Container zusammengefasst werden. Ein "Umzugsverband" ist eine technische Lösung, um eine Gruppe von Personen – in der Regel der sogenannte <i>Familienverband</i> – gemeinsam und juristisch zeitgleich von derselben Wohnung in Gemeinde A in eine neue gemeinsame Wohnung in Gemeinde B mit demselben Wohnungsstatus umziehen zu lassen. Dabei ist eine alleinige Wohnung einer Hauptwohnung im Status gleichgestellt.</p> <p>Rückmeldungen von mehreren Umzugsverbänden können zu Sammelnachrichten zusammengefasst werden. Damit wäre es beispielsweise möglich, die Anzahl der Kommunikationen zwischen Großstädten auf einen Batchlauf/Tag zu begrenzen. – Dies hätte natürlich keine Auswirkungen auf die oben beschriebene Semantik von Rückmeldungsauswertungen durch die empfangende Gemeinde.</p>	Seite 175

Nummer	Beschreibung	Verweis
0202	<p>Der Betroffene hat sich in der sendenden Gemeinde nach Zuzug aus dem Ausland angemeldet. Die bis zum Wegzug ins Ausland zuständige Gemeinde ist die für den letzten Wohnort im Inland zuständige Meldebehörde. Die sendende Gemeinde informiert die empfangende Gemeinde über die in der sendenden Gemeinde erfolgte Anmeldung.</p> <p>Die empfangende Gemeinde wertet die Nachricht aus und reagiert mit einer Rückmeldungsauswertung (siehe dort).</p> <p>Hinweis: Bei erstmaligen Zuzug aus dem Ausland – wenn bisher noch nie eine Wohnung im Inland bewohnt wurde – wird keine Rückmeldung generiert.</p>	Seite 176
0203	<p>Mit dieser Nachricht werden ergänzende Informationen, die nur bei der bisherigen Hauptwohnung vorliegen, sowie abweichende Daten übermittelt. Diese Nachricht ist <i>immer</i> zu verwenden, auch wenn weder Ergänzungen noch Abweichungen vorliegen (beide Container sind dann leer). In diesen Fällen hat diese Nachricht eine reine Quittungsfunktion.</p> <p>Die Daten im Kindelement betroffener müssen eine Kopie der Daten sein, wie sie im Rahmen der <i>“Rückmeldung 0201”</i>, auf die mit dieser Nachricht reagiert wird, angegeben sind.</p> <p>Bei der Befüllung des Abweichungscontainers sollten alle Abweichungen – auch leere Feldinhalte versus gefüllte Werte – übermittelt werden, so wie sie sich aus dem Vergleich der eingegangenen Nachricht (0201, 0202, 0206) und dem im Melderegister gespeicherten Zustand ergeben.</p> <p>Bei einer Auswertungsnachricht an eine Nebenwohnung dürfen im Ergänzungscontainer nur Informationen zur waffen- und/oder sprengstoffrechtlichen Erlaubnis übermittelt werden. Liegen hierzu keine Informationen vor, so muss der Ergänzungscontainer leer sein.</p> <p>Ggf. erhält die neue Hauptwohnungsgemeinde in dem Kindelement hauptwohnung.ergaenzungen von der bisherigen Hauptwohnungsgemeinde ergänzende Daten (<i>Wahlrechtsausschluss, Passversagung, Optionsdeutscher, Unionsbürgerschaft, Steueridentifikation sowie waffen- und sprengstoffrechtliche Erlaubnis</i>).</p> <p>Diese Nachricht ist auch zu verwenden, wenn nach einem Wiederezug aus dem Ausland (0202) die neue Meldebehörde über abweichende Daten zu informieren ist.</p>	Seite 185

Nummer	Beschreibung	Verweis
0204	<p>Die versuchte Bearbeitung einer Rückmeldung (0201, 0202, 0206) hat ergeben, dass der Betroffene in der Gemeinde nicht identifiziert werden konnte oder bereits verstorben ist oder dass die in der Rückmeldung gemachten Angaben zur bisherigen Haupt- oder alleinigen Wohnung oder letzten Inlandswohnung nicht korrekt sind. Eine spezifikationskonforme Erzeugung der Nachricht <code>rueckmeldung.auswertung</code>.0203 ist hier nicht möglich (siehe auch Abschnitt 4.5.8 auf Seite 185). Solche Fälle bezeichnet man als unplausible Meldeverhältnisse. Sie sind mit der Nachricht <code>rueckmeldung.unplausibel</code>.0204 zu beantworten.</p> <p>Im Einzelnen handelt es sich um folgende Sachverhalte, die jeweils als zwingender Grund gemäß Schlüsseltabelle in der Nachricht mitzuteilen sind:</p> <p>Die Person wird bei Eingang einer Nachricht</p> <ul style="list-style-type: none"> • 0201/0202/0206 nicht im Melderegister identifiziert oder • 0201/0202/0206 im Melderegister eindeutig identifiziert, ist aber bereits als verstorben gekennzeichnet oder • 0201/0206 im Melderegister eindeutig identifiziert, ist aber nicht mehr aktuell gemeldet, sondern bereits ins Ausland oder nach Unbekannt verzogen oder bereits aus dem Inland zurückgemeldet oder • 0201/0206 im Melderegister eindeutig identifiziert, ist aber aktuell nur mit Nebenwohnung gemeldet. Die in der Rückmeldung angegebene bisherige Haupt- oder alleinige Wohnung liegt außerhalb des Zuständigkeitsbereiches der Meldebehörde. oder • 0202 im Melderegister eindeutig identifiziert, ist aber nicht ins Ausland, sondern ins Inland abgemeldet. <p>Diese Nachricht wird an den Absender der eingegangenen Nachricht (0201/0202/0206) gesendet.</p> <p>Die Daten im Kindelement betroffener müssen eine Kopie der Daten sein, wie sie im Rahmen der Rückmeldung, auf die mit dieser Nachricht reagiert wird, angegeben sind. Im darin enthaltenen Identifikationsblock muss das Element <code>anschrift.sender</code> weggelassen werden. Das Element <code>anschrift.empfaenger</code> ist mit dem Element <code>anschrift.sender</code> aus der erhaltenen 0201/0202/0206-Nachricht zu befüllen.</p>	Seite 199

Nummer	Beschreibung	Verweis
0206	<p>Der <i>“Erweiterte Statuswechsel”</i> ergänzt den Begriff des <i>“Klassischen Statuswechsels”</i>:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Beim klassischen Statuswechsel werden keine Wohnungen aufgegeben oder neu begründet, es findet lediglich ein Wechsel statt, welche Wohnung die Eigenschaft Hauptwohnung hat. Dies kann gemeindeübergreifend oder innerhalb einer Gemeinde geschehen, entsprechend wird dies weiteren beteiligten Meldebehörden über eine Rückmeldungs- oder eine Fortschreibungsnachricht mitgeteilt. • Der erweiterte Statuswechsel umfasst den Fall des klassischen Statuswechsels, es können dabei aber auch Wohnungen aufgegeben sowie die neue Hauptwohnung bei einer bestehenden Einwohnerschaft erst begründet werden. Wesentlich ist, dass am Ort der neuen Hauptwohnung bereits vor dem erweiterten Statuswechsel eine Nebenwohnung bestand, so dass dort bereits Daten des Bürgers im Nebenwohnungsumfang vorlagen. <p>Der gemeindeübergreifende erweiterte Statuswechsel wird durch diese Nachricht abgebildet. Aus dieser Nachricht ist deshalb, analog zur Nachricht 0201, das vollständige Wohnungsbild sowohl vor dem erweiterten Statuswechsel, als auch nach dem erweiterten Statuswechsel erkennbar.</p> <p>Der erweiterte Statuswechsel innerhalb einer Gemeinde wird durch die Nachricht 0038 bzw. 0039 abgebildet. Die Nachricht 0039 erlaubt neben dem klassischen Statuswechsel seit der Version OSCI-XMeld 1.3.1 auch die Abmeldung der bisherigen Hauptwohnung innerhalb der sendenden Gemeinde im gleichen Vorgang. Wird die Hauptwohnung innerhalb neu begründet und die bisherige Hauptwohnung innerhalb als Nebenwohnung beibehalten, so ist dies mit der Nachricht 0038 mitzuteilen. Werden bei dem Vorgang <i>“Erweiterter Statuswechsel innerhalb einer Gemeinde”</i> zusätzlich noch weitere Nebenwohnungen (innerhalb oder außerhalb der sendenden Gemeinde) aufgegeben, so ist dies in diesem Fall – im Gegensatz zum gemeindeübergreifenden erweiterten Statuswechsel – nur durch die Kombination der Nachrichten 0038 bzw. 0039 mit den Fortschreibungsnachrichten 0035 bzw. 0036 getrennt mitzuteilen.</p>	Seite 178
0211	<p>Die Zuzugsgemeinde erfährt über die Rückmeldeauswertung zu der ursprünglichen Nachricht 0201 über Abweichungen von den bei der Anmeldung gemachten Angaben. Nach Klärung der Abweichungen korrigiert sie ggf. ihr Melderegister und informiert alle Meldebehörden, denen sie eine aus jetziger Sicht fehlerhafte oder unvollständige Daten enthaltende Nachricht 0201 geschickt hatte, von dem Stand, der einer Rückmeldung mit korrekten und vollständigen Daten entspricht. Dazu verwendet sie diese Nachricht (0211).</p> <p>Diese Nachricht ist <i>nicht</i> mit einer Rückmeldeauswertung zu beantworten.</p>	Seite 179
0212	<p>Die Zuzugsgemeinde erfährt über die Rückmeldeauswertung zu der ursprünglichen Nachricht 0202 über Abweichungen von den bei der Anmeldung gemachten Angaben. Nach Klärung der Abweichungen korrigiert sie ggf. ihr Melderegister und informiert die Meldebehörde, der sie eine aus jetziger Sicht fehlerhafte oder unvollständige Daten enthaltende Nachricht 0202 geschickt hatte, von dem Stand, der einer Rückmeldung mit korrekten und vollständigen Daten entspricht. Dazu verwendet sie diese Nachricht (0212).</p> <p>Diese Nachricht ist <i>nicht</i> mit einer Rückmeldeauswertung zu beantworten.</p>	Seite 180
0216	<p>Die Zuzugsgemeinde erfährt über die Rückmeldeauswertung zu der ursprünglichen Nachricht 0206 über Abweichungen von den bei der Anmeldung gemachten Angaben. Nach Klärung der Abweichungen korrigiert sie ggf. ihr Melderegister und informiert alle Meldebehörden, denen sie eine aus jetziger Sicht fehlerhafte oder unvollständige Daten enthaltende Nachricht 0206 geschickt hatte, von dem Stand, der einer Rückmeldung 0206 mit korrekten und vollständigen Daten entspricht. Dazu verwendet sie diese Nachricht (0216).</p> <p>Diese Nachricht ist <i>nicht</i> mit einer Rückmeldeauswertung zu beantworten.</p>	Seite 181
Nachrichten der Hauptgruppe anmeldung		

Nummer	Beschreibung	Verweis
0300	<p>Um die Anmeldung von Person(en) zu erleichtern und die Qualität des Anmeldeprozesses zu erhöhen, werden mit dieser Nachricht die Personendaten von der Wegzugsgemeinde angefordert. Der Identifikationsdatenblock umfasst folgende Pflichtelemente:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Vornamen • Familienname • Geburtsdatum und -ort • Wegzugsanschrift 	Seite 150
0301	<p>Übermittlung von Meldedaten zu einer Einzelperson oder einem Verband als Antwort auf die Nachricht 0300.</p> <p>Diese Daten werden nach dem jeweils für die Wegzugsmeldebehörde geltenden Recht übertragen. Bei Vorliegen der folgenden Auskunftssperren (Angabe gemäß DSMeld-Blatt 1801 und Schlüsseltabelle 11) dürfen keine Daten übermittelt werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Schlüssel 1 (Adoption) • Schlüssel 3 (Gefahr für Leib und Leben) • Schlüssel 6 (Annahme als Kind) <p>Zuziehende Personen werden als Elemente <i>Zuziehende.Person</i> übermittelt. Die Beziehungen zwischen zuziehenden Personen werden über type.Beziehung-Elemente abgebildet.</p> <p>Informationen über nicht zuziehende Personen, die ggf. in Datensätzen von zuziehenden Personen einzutragen sind, sind im Kindelement <i>Nicht.zuziehende.Personen</i> zu finden.</p> <p>Diese Struktur spiegelt aufgrund der Unterscheidung zwischen zuziehenden und nicht zuziehenden Personen die unterschiedlichen Datenumfänge wider.</p> <p>Es kann Abweichungen in der technischen Darstellung der Identifikationsdaten in der Wegzugsmeldebehörde und der Zuzugsmeldebehörde geben, z. B.:</p> <ul style="list-style-type: none"> • abgekürzte bzw. voll ausgeschriebene Straßenbezeichnungen • Trennstriche bzw. Leerzeichen zwischen Vornamen • Umlaute bzw. deren Ersatzdarstellung <p>Die Verantwortung zur Prüfung der Abweichungen der Daten obliegt der Zuzugsgemeinde.</p> <p>Werden Daten von Personen angefordert, die nicht in Beziehung zueinander stehen, übermittelt die Wegzugsgemeinde nur die Personen, die in einer Beziehung zur <i>Anmeldeperson</i> stehen.</p> <p>Sobald die Wegzugsgemeinde mehr als eine Person übermittelt, müssen auch die zugehörigen type.Beziehung-Elemente mit übermittelt werden.</p>	Seite 150
Nachrichten der Hauptgruppe datenuebermittlung		
0402	<p>Mit dieser Nachricht erfragt die Familienkasse die Meldeverhältnisse von Personen. Es ist die Aufgabe der Familienkasse, die hiermit angefragten Personen in Verhältnis zu setzen.</p> <p>Bestandteil der Anforderungsnachricht sind stets <i>mehrere</i> Personen. Die Meldebehörde ermittelt für diese Personen deren Geburtsdaten und Angaben zur Wohnung und übermittelt diese Information in der Antwortnachricht.</p>	Seite 343

Nummer	Beschreibung	Verweis
0403	<p>Mit dieser Antwortnachricht werden die Daten der sogenannten <i>Haushaltsbescheinigung</i> (Anfrage der Familienkasse/Kindergeldkasse: 0402) beantwortet. Diese Nachricht ist nicht zu verwechseln mit der Datenübermittlung nach § 3 der 2. BMeldDÜV.</p> <p>Dabei ist über den antwortstatus feststellbar, ob Antwortdaten geliefert worden sind, d. h., ob die korrespondierende Anforderungsnachricht bearbeitet wurde.</p> <p>Falls Antwortdaten vorliegen, so wird für jede angefragte Person im Kindelement auskunft.antwort durch die Belegung der dortigen Kindelemente ergebnisstatus, beziehungpersonwohnung und zusatzinformation die Art der Antwort genau spezifiziert.</p> <p>Ist für eine der angefragten Personen eine Auskunftssperre mit Schlüssel 1 (Adoptionspflegeverhältnis) oder 3 (Gefahr für Leib und Leben) gespeichert, so werden für keine der angefragten Personen Daten übermittelt.</p>	Seite 344
0404	<p>Mit dieser Nachricht fordern Behörden die sogenannte <i>Einfache Standardauskunft</i> bei Meldebehörden an.</p> <p>Diese Nachricht ist als Sammelanfrage konzipiert, um eine Vielzahl nicht notwendigerweise miteinander in Beziehung stehender Einzelanfragen zusammenfassen zu können.</p>	Seite 345
0405	<p>Diese Nachricht stellt die <i>Einfache Standardauskunft</i> an Behörden dar. Sie ist beispielsweise verwendbar für folgende Anwendungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • aktuelle Namensanfragen • aktuelle Adressanfragen • Anfragen zum Wohnungsstatus <p>Voraussetzung für die Datenübermittlung ist die eindeutige Identifizierung der angefragten Person(en).</p> <p>Dabei ist über den antwortstatus feststellbar, ob Antwortdaten geliefert worden sind, d. h., ob die korrespondierende Anforderungsnachricht bearbeitet wurde.</p> <p>Falls Antwortdaten vorliegen, so wird für jede angefragte Person im Kindelement auskunft.antwort durch die Belegung der dortigen Kindelemente ergebnisstatus, beziehungpersonwohnung und zusatzinformation die Art der Antwort genau spezifiziert.</p> <p>Diese Nachricht ist als Sammelanfrage konzipiert, um eine Vielzahl nicht notwendigerweise miteinander in Beziehung stehender Einzelanfragen zusammenfassen zu können.</p>	Seite 346
0420	<p>Die anfordernde Behörde wählt aus den in § 18, Abs. 1 MRRG aufgeführten Daten die zu ihrer Aufgabenerfüllung erforderlichen Daten aus.</p> <p>Dazu wird eine spezielle Struktur aus <i>Anforderungselementen</i> verwendet, mit denen das angeforderte Ergebnis in den Begriffen des § 18 Abs. 1 MRRG beschrieben wird. – Da mit dieser Nachricht immer auch die Antwortelemente der einfachen Melderegisterauskunft übermittelt werden, ist es nicht erforderlich (aber auch nicht schädlich), diese in die Anforderungsstruktur mit aufzunehmen. Daher kann auch eine <i>leere</i> Anforderungsnachricht geschickt werden, worauf immer mit dem Ergebniskatalog der einfachen Melderegisterauskunft geantwortet wird.</p> <p>Diese Nachricht ist als Sammelanfrage konzipiert, um eine Vielzahl nicht notwendigerweise miteinander in Beziehung stehender Einzelanfragen zusammenfassen zu können. Da aber die Ergebnisstruktur auf Sammelanfragenebene festgelegt wird, wird in der Antwortnachricht für jede angefragte Person dieselbe Ergebnisstruktur (natürlich mit unterschiedlichen Inhalten) geliefert.</p>	Seite 348

Nummer	Beschreibung	Verweis
0421	<p>Die Meldebehörde liefert die durch eine generische Anforderungsnachricht 0420 angeforderten Daten (nach MRRG § 18, Abs. 1) an die anfordernde Behörde. Dabei ist über den antwortstatus feststellbar, ob Antwortdaten geliefert worden sind, d. h., ob die korrespondierende Anforderungsnachricht bearbeitet wurde. Falls Antwortdaten vorliegen, so wird für jede angefragte Person im Kindelement auskunft.antwort durch die Belegung der dortigen Kindelemente ergebnisstatus, beziehungpersonwohnung und zusatzinformation die Art der Antwort genau spezifiziert.</p> <p>Die gelieferten Antwortdaten entsprechen genau den angefragten Anforderungselementen. Für jede gefundene Person sind grundsätzlich immer die Informationen über den Namen (Familienname, Vornamen), den Doktorgrad und die Wohnung(en) zu übermitteln (EMRA-Katalog).</p>	Seite 349
0430	<p>Mit dieser Nachricht übermittelt die Meldebehörde Führungszeugnis-Anträge an das BZR. Es werden die Belegarten NB, NV, OB, OG, PB und PG unterstützt. Diese Nachricht ist als Sammelnachricht konzipiert, so dass mit einer Nachricht auch mehrere Anträge übermittelt werden können.</p>	Seite 389
0431	<p>Mit dieser Nachricht übermittelt der Antragsteller einen Führungszeugnis-Antrag an die Meldebehörde. Es wird ausschließlich die Belegart NB unterstützt. Zusätzliche Angaben des Bürgers (Titel, Staatsangehörigkeit, weiterer Name, etc) werden bewußt nicht abgefragt, sondern automatisch vom Fachverfahren ergänzt. Die Beantragung eines Führungszeugnisses ist grundsätzlich gebührenpflichtig. Die Gebührenerhebung ist nicht Bestandteil dieser Nachricht. Sie wird in dem jeweiligen Fachverfahren der Meldebehörde realisiert und ist von Meldebehörde zu Meldebehörde unterschiedlich. Anträge auf eine Gebührenermäßigung durch den Antragsteller werden nicht im Rahmen dieser Online-Dienstleistung unterstützt. – In solchen Fällen muss der Antrag durch persönliches Vorsprechen in der Behörde gestellt werden. Dabei sind die Gründe für eine Gebührenermäßigung durch geeignete Dokumente nachzuweisen.</p> <p>Der Antrag wird – sofern inhaltlich korrekt und abgerechnet – unmittelbar und ohne weitere Rückfrage mit der Nachricht 0430 an das BZR weitergeleitet. Der Bürger erhält in jedem Fall mit der Nachricht 0432 eine Auftragsbestätigung oder -ablehnung.</p>	Seite 390

Nummer	Beschreibung	Verweis
0432	<p>In der BZR-Ergebnisnachricht an den antragstellenden Bürger ist anhand des Ergebnisstatus auswertbar, ob der Antrag auf Erteilung eines Führungszeugnisses von der Meldebehörde angenommen und an das BZR weitergeleitet oder aber von der Meldebehörde abgelehnt worden ist:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Im Erfolgsfall (Führungszeugnisantrag wurde von der Meldebehörde an das BZR weitergeleitet; Ergebnisstatus 01) wird mit dieser Nachricht die Kopie des Antrags an den Bürger übermittelt. In diesem Fall ist das Element ty-pe.bzz.fuehrungszeugnisanfrage vorhanden und enthält eine Kopie des Führungszeugnis-Antrags. • Im Ablehnungsfall (Meldebehörde weist den Antrag zurück; Ergebnisstatus 04) wird natürlich kein Antrag übermittelt. Stattdessen ist eine nähere Beschreibung des Sachverhalts, der zur Ablehnung des Antrags geführt hat, im Element ty-pe.beschreibung enthalten. Mögliche Gründe für eine Ablehnung sind: <ul style="list-style-type: none"> - nicht in der Gemeinde mit HW oder AW gemeldet - abweichende Angaben bei den Identifikationsdaten - Auskunftssperre(n): <i>„Kein Führungszeugnisantrag im automatisierten oder Online-Verfahren möglich.“</i> - ungültige Ausweisdokumente (Ablauf der Gültigkeit, Verlust) - abweichende oder nicht vorliegende Seriennummer beim Ausweisdokument - Bezahlfunktion konnte nicht abgeschlossen werden <p>Weitere Gründe können von den EWO-Herstellern in Absprache mit der jeweiligen Meldebehörde realisiert werden.</p> <p>Es werden ausschließlich die Ergebnisstatus 01 und 04 verwendet. Bei einer Ablehnung reicht die Verwendung des Ergebnisstatus 04 mit den ergänzenden Hinweisen im Beschreibungsfeld.aus.</p>	Seite 392
0440	<p>Die Meldebehörde übermittelt mit dieser Nachricht Informationen über Sterbefälle gemäß <i>„§ 18 Abs. 4 MRGG“</i> und den entsprechenden landesrechtlichen Vorschriften.</p> <p>Diese Nachricht ist als Sammelnachricht konzipiert, so dass mit einer Nachricht auch mehrere Sterbefälle übermittelt werden können.</p>	Seite 355
0441	<p>Die Meldebehörde korrigiert mit dieser Nachricht die Sterbefalldaten Dabei kann es sich auch um die Annullierung eines Sterbefalles handeln.:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Korrektur: Es werden die geänderten Sterbefalldaten übermittelt. I. a. erfolgt keine Mitteilung von Übermittlungssperren. • Annullierung: Das Element <i>„Tod“</i> darf nicht übermittelt werden. Soweit Übermittlungssperren vorliegen, können diese mitgeteilt werden (in Abhängigkeit vom Empfänger). <p>Diese Nachricht ist als Sammelnachricht konzipiert, so dass mit einer Nachricht auch mehrere Sterbefallkorrekturen übermittelt werden können.</p>	Seite 357
0445	<p>Dies ist die Standardnachricht für die regelhafte Übermittlung von Namensänderungen. Hier darf grundsätzlich der Anlass der Änderung nicht mitgeteilt werden. Sofern die Namensänderung auf Grund einer Familienstandsänderung erfolgt und dies dem Empfänger mitgeteilt werden darf, ist hierfür die 0450 zu verwenden.</p> <p>Diese Nachricht ist als Sammelnachricht konzipiert, so dass mit einer Nachricht auch mehrere Namensänderungen übermittelt werden können.</p>	Seite 358

Nummer	Beschreibung	Verweis
0450	<p>Diese Nachricht ist zu übermitteln, wenn sich der Familienstand des Betroffenen geändert hat. Da damit im allgemeinen auch Namensänderungen einhergehen, können diese in den entsprechenden Kindelementen übermittelt werden.</p> <p>Sofern nur die Tatsache der Namensänderung (ohne Hinweis auf die Änderung des Familienstandes) übermittelt werden soll, ist hierfür die Nachricht 0445 zu verwenden.</p> <p>Eine Änderung des Familienstandes führt nicht zu einer Änderung des Geburtsnamens, daher wird dieser hier nicht mit aufgeführt. Der Geburtsname der Person kann den Identifikationsdaten entnommen werden.</p> <p>Sofern Angaben über Grund der Familienstandsänderung erforderlich sind, so können sie aus dem übermittelten Familienstand-Element gelesen werden.</p> <p>Diese Nachricht ist als Sammelnachricht konzipiert, so dass mit einer Nachricht auch mehrere Familienstandsänderungen übermittelt werden können.</p>	Seite 361
0455	<p>Die in den Identifikationsdaten genannte Wohnung wird aufgegeben. Die nunmehr aktuellen Anschriften des Betroffenen werden als Inhaltsdaten übermittelt. Dabei wird die HW/AW besonders gekennzeichnet.</p> <p>Falls es sich um einen Wegzug ins Ausland handelt, wird nur ein Anschrift.HWAW-Element übermittelt, welches einen nicht-deutschen Staatenschlüssel enthält.</p> <p>Diese Nachricht ist als Sammelnachricht konzipiert, so dass mit einer Nachricht auch mehrere Wohnungsaufgaben übermittelt werden können.</p>	Seite 363
0456	<p>Mit dieser Nachricht können folgende Konstellationen übermittelt werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Statuswechsel HW/AW zu NW: Die in den Identifikationsdaten genannte Wohnung (Haupt- oder alleinige Wohnung) wird zu einer Nebenwohnung und eine andere Wohnung außerhalb des Zuständigkeitsbereiches zur Hauptwohnung. Die nunmehr aktuellen Anschriften des Betroffenen werden als Inhaltsdaten übermittelt. Dabei wird die neue Hauptwohnung (bisherige Nebenwohnung oder andere, neue Wohnung) besonders gekennzeichnet. • Weitere Nebenwohnung: Eine (weitere) Nebenwohnung wird begründet. <p>Diese Nachricht darf nur verwendet werden, wenn der Betroffene aktuell in dieser Gemeinde bereits eine Wohnung hat.</p> <p>Diese Nachricht ist als Sammelnachricht konzipiert, so dass mit einer Nachricht auch mehrere Statuswechsel zur NW oder NW-Begründungen übermittelt werden können.</p>	Seite 365
0457	<p>Diese Nachricht wird in folgenden Fällen verwendet:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Umzug der Haupt- oder alleinigen Wohnung innerhalb einer Gemeinde • Umzug der Nebenwohnung innerhalb einer Gemeinde • Wohnungsstatuswechsel zwischen einer bestehenden Haupt- und einer bestehenden Nebenwohnung innerhalb einer Gemeinde <p>Die Anzahl der Wohnungen verändert sich hierbei nicht.</p> <p>Diese Nachricht ist als Sammelnachricht konzipiert, so dass mit einer Nachricht auch mehrere Wohnungsänderungen übermittelt werden können.</p>	Seite 368
0458	<p>Diese Nachricht wird in folgenden Fällen verwendet:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Zuzug mit der Haupt- oder alleinigen Wohnung • Zuzug mit Nebenwohnung – in diesem Fall werden die Anschriften „Zuzug von“ bzw. „letzte Inlandsanschrift“ nicht gefüllt <p>Diese Nachricht darf nur verwendet werden, wenn der Betroffene aktuell keine Wohnungen in dieser Gemeinde hat.</p> <p>Diese Nachricht ist als Sammelnachricht konzipiert, so dass mit einer Nachricht auch mehrere Wohnungsbezüge übermittelt werden können.</p>	Seite 370

Nummer	Beschreibung	Verweis
0459	<p>Mit diesem Element wird folgendes abgebildet:</p> <ul style="list-style-type: none"> Wohnungsstatuswechsel der Nebenwohnung zur Hauptwohnung; bisherige Hauptwohnung außerhalb wird zur Nebenwohnung Wohnungsstatuswechsel der Nebenwohnung zur alleinigen Wohnung bei Aufgabe der bisherigen Hauptwohnung außerhalb Neubegründung einer Haupt- oder alleinigen Wohnung, die nicht identisch mit der bisherigen Nebenwohnung innerhalb ist <p>Diese Nachricht darf nur verwendet werden, wenn der Betroffene aktuell in dieser Gemeinde bereits eine Wohnung hat. Diese Nachricht ist als Sammelnachricht konzipiert, so dass mit einer Nachricht auch mehrere HW/AW-Einrichtungen durch Statuswechsel oder Begründung übermittelt werden können.</p>	Seite 371
0460	<p>Diese Nachricht wird übermittelt, wenn eine Person aus dem Melderegister gelöscht worden ist, die dort irrtümlich gespeichert war. Diese Nachricht ist als Sammelnachricht konzipiert, so dass mit einer Nachricht auch mehrere Bestandslöschungen übermittelt werden können.</p>	Seite 373
0465	<p>Mit dieser Nachricht werden immer alle für den jeweiligen Empfänger relevanten Übermittlungssperren des Betroffenen mitgeteilt. Da immer der aktuelle Stand mitgeteilt wird, ist diese Nachricht geeignet, um die Einrichtung, Veränderung oder Löschung von Übermittlungssperren mitzuteilen. Diese Nachricht ist als Sammelnachricht konzipiert, so dass mit einer Nachricht auch zu mehreren Personen Übermittlungssperren mitgeteilt werden können.</p>	Seite 374
0470	<p>Mit dieser Nachricht werden die aktuellen Staatsangehörigkeiten des Betroffenen übermittelt. Diese Nachricht ist als Sammelnachricht konzipiert, so dass mit einer Nachricht auch zu mehreren Personen Staatsangehörigkeitsinformationen mitgeteilt werden können.</p>	Seite 375
0475	<p>Mit dieser Nachricht werden Geburten mitgeteilt. Bezugsperson für diese Nachricht ist das neugeborene Kind. Diese Nachricht ist eine Erstmeldung. Nachfolgende Vorgänge wie z. B. Namensänderungen, Wechsel des gesetzlichen Vertreters, Setzen von Auskunftssperren, etc werden mit entsprechenden Folgemitteilungen übermittelt. Optional können gesetzliche Vertreter übermittelt werden. Zum Zeitpunkt der Geburt ist das die Mutter. Der Vater kann zusätzlich übermittelt werden. Diese Nachricht ist als Sammelnachricht konzipiert, so dass mit einer Nachricht auch mehrere Geburten mitgeteilt werden können.</p>	Seite 377
0476	<p>Diese Nachricht ist zu übermitteln, wenn sich die Geburtsdaten des Betroffenen geändert haben. Diese Nachricht ist als Sammelnachricht konzipiert, so dass mit einer Nachricht auch mehrere Vorgänge übermittelt werden können.</p>	Seite 378
0480	<p>Diese Nachricht ist zu übermitteln, wenn sich die Anschriften des Betroffenen geändert haben. Diese Nachricht ist als Sammelnachricht konzipiert, so dass mit einer Nachricht auch mehrere Vorgänge übermittelt werden können.</p>	Seite 380
0485	<p>Dies ist die Standardnachricht für die regelhafte Übermittlung des aktuell gespeicherten Datenfeldes <i>“Geschlecht”</i>, vorrangig nach Korrektur. Diese Nachricht ist als Sammelnachricht konzipiert, so dass mit einer Nachricht auch mehrere Vorgänge übermittelt werden können.</p>	Seite 383

Nummer	Beschreibung	Verweis
0490	<p>Mit dieser Nachricht wird mitgeteilt, wer aktuell der/die gesetzliche(n) Vertreter (juristisch, natürlich) des Betroffenen sind.</p> <p>Ist das Element nicht vorhanden, so hat der Betroffene keinen gesetzlichen Vertreter (mehr).</p> <p>Diese Nachricht ist als Sammelnachricht konzipiert, so dass mit einer Nachricht auch zu mehreren Personen der/die gesetzlichen Vertreter mitgeteilt werden können.</p>	Seite 384
0495	<p>Mit dieser Nachricht wird mitgeteilt, welche aktuellen Ausweisdokumente der Betroffene hat.</p> <p>Ist das Element <i>“Ausweisdokument.Aktuell”</i> nicht vorhanden, so hat der Betroffene keine Ausweisdokumente.</p> <p>Diese Nachricht ist als Sammelnachricht konzipiert, so dass mit einer Nachricht auch zu mehreren Personen Informationen über deren Ausweisdokumente mitgeteilt werden können.</p>	Seite 387
0500	<p>Die Meldebehörde fordert gemäß § 139b Abs. 6 und 7 AO für den/die Betroffenen die Vergabe einer IdNr an. Diese Nachricht (=Sammelnachricht) enthält das vorläufige Bearbeitungsmerkmale (VBM) des/der Betroffenen.</p> <p>Eine Übermittlung von Plausibilitätsdaten (vgl. Nachricht 0502) ist aus folgendem Grund nicht notwendig: Man muss davon ausgehen, dass im Meldeamt die aktuellen, geprüften und maßgeblichen Daten vorliegen. Insbesondere in der Zwischenzeit der Erstanforderung der IdNr und der Zuteilung dieser kann und wird es vielfältige Veränderungen in den unterschiedlichen Datensätzen eines Steuerpflichtigen geben, z. B. eine Namensänderung. Diese Veränderung wird mit dem VBM entsprechend der Änderung an das BZSt verschickt. Wann diese in den Datenbestand des BZSt eingearbeitet werden, ist nicht nachvollziehbar. Da eine Zuordnung der zugesandten IdNr über die VBM eindeutig möglich ist, und bedingt durch die nicht nachvollziehbare Aktualität der Daten beim BZSt, wird es keine zusätzliche Plausibilitätsprüfung geben.</p> <p>Diese Nachricht wird auch verwendet, wenn für einen Betroffenen eine vorher (mit einer 0510-Nachricht) mitgeteilte Nichtzuständigkeit wieder zurückgenommen werden soll.</p> <p>Rechtsgrundlage: § 139b (6), (7) AO</p>	Seite 425
0501	<p>Die mit der Nachricht 0500 angeforderte IdNr wurde vom BZSt vergeben und wird mit dieser Nachricht der Meldebehörde mitgeteilt. Zur eindeutigen Zuordnung des Betroffenen bei der Meldebehörde wird das VBM zurückübermittelt, d. h. beide Elemente müssen gefüllt sein.</p>	Seite 428

Nummer	Beschreibung	Verweis
0502	<p>Diese Nachricht wird von der Meldebehörde an das BZSt geschickt, wenn Personendaten geändert worden sind. Hierzu zählen auch Anschriftenänderungen innerhalb der Gemeinde, sofern damit keine Änderung des AGS oder des amtlichen Gemeindefamens (Wohnort) verbunden ist. (Änderungen am AGS oder dem amtlichen Gemeindefamens sind mit Nachricht 0515 mitzuteilen.)</p> <p>Es werden grundsätzlich <i>alle beim BZSt zu speichernden Daten</i> übermittelt, um die Datenqualität jederzeit sicherstellen zu können.</p> <p>Der korrespondierende Datensatz in der BZSt-Datenbank ist mit dem in dieser Nachricht gelieferten Bruttodatenatz komplett zu überschreiben. Um sicherzustellen, dass die anhand der IdNr beim BZSt gefundene Person auch diejenige ist, deren Daten zu überschreiben sind, wird als zusätzliches Plausibilitätsmerkmal das Geburtsdatum übermittelt.</p> <p>Betrifft die Änderung das Geburtsdatum selbst, so wird zur Plausibilitätsprüfung das Geburtsdatum <i>vor Änderung</i> übermittelt, in der Nachricht selbst das <i>geänderte</i> Geburtsdatum.</p> <p>Deshalb ist der gemeindeübergreifende Wohnsitzwechsel (verbunden mit einem Wechsel der zuständigen Meldebehörde) mit der Nachricht datenuebermittlung.zustaendigkeitsteuerpflichtiger.0504 zu übermitteln. Das Ende der Zuständigkeit (Tod, Wegzug ins Ausland oder nach unbekannt, Abmeldung von Amts wegen) ist mit der Nachricht datenuebermittlung.endezustaendigkeitsteuerpflichtiger.0510 zu übermitteln.</p> <p>Wenn sich durch Umbenennung oder Änderungen am Gemeindegefüge der AGS und/oder der amtl. Gemeindefame (Wohnort) ändern, ist dies mit der Nachricht datenuebermittlung.umbenennungagswohnort.0515 zu übermitteln.</p> <p>Rechtsgrundlage: § 139b (8) AO</p>	Seite 429
0503	<p>Mit dieser Nachricht teilt das BZSt der den Konflikt auslösenden Meldebehörde mit, dass konkrete Anhaltspunkte für Unrichtigkeiten der Melderegister vorliegen.</p> <p>Die Meldebehörde ist verpflichtet, den Sachverhalt zu überprüfen und das Ergebnis dem BZSt mitzuteilen. Dazu erhält die Meldebehörde Informationen über alle betroffenen Datensätze, die von den jeweiligen Meldebehörden zu einem früheren Zeitpunkt an das BZSt übermittelt worden sind. (Hinweis: Konflikte können auch innerhalb derselben Meldebehörde auftreten.)</p> <p>Außerdem wird das Element konfliktmanagement zur Erleichterung der Kommunikation übermittelt.</p> <p>Hinweis: Diese Nachricht wird nur in der Phase des <i>“laufenden Betriebs”</i> verwendet.</p> <p>Rechtsgrundlage: § 4a MRRG in Verbindung mit § 139b (9) AO</p>	Seite 432
0504	<p>Die Nachricht 0504 wird von der Meldebehörde an das BZSt geschickt, wenn eine Haupt- oder alleinige Wohnung in der Gemeinde durch Zuzug oder Statuswechsel begründet und dadurch diese Meldebehörde zuständig im Sinne § 139b AO wird. Voraussetzung dafür ist der Eingang einer 0203 mit VBM resp. IdNr.</p> <p>Es werden der komplette für das BZSt erforderliche Datensatz des Steuerpflichtigen sowie Plausibilitätsdaten übermittelt (nach § 139b AO).</p> <p>Auf Seiten des BZSt bewirkt der Erhalt dieser Nachricht, dass (bis zu einer erneuten Mitteilung über den Wechsel der Zuständigkeit) Änderungsnachrichten nur von derjenigen Meldebehörde akzeptiert und bearbeitet werden, die sich mit einer Nachricht diesen Typs als <i>“zuständig für den Betroffenen”</i> erklärt hat.</p> <p>Rechtsgrundlage: § 139b (8) AO</p>	Seite 434

Nummer	Beschreibung	Verweis
0505	<p>Mit dieser Nachricht teilt das BZSt der betroffenen Meldebehörde mit, dass konkrete Anhaltspunkte für Unrichtigkeiten oder Unvollständigkeiten im Melderegister vorliegen. – Das BZSt vermutet nach der Anforderung einer IdNr einen Konflikt mit einem oder mehreren Datensätzen in der BZSt-Datenbank. Mit dieser Nachricht werden alle involvierten Meldebehörden über diesen möglichen Konflikt informiert und um Klärung gebeten. Alle Meldebehörden sind verpflichtet, den Sachverhalt zu überprüfen und das Ergebnis dem BZSt mitzuteilen.</p> <p>Jede Meldebehörde erhält Informationen über alle betroffenen Meldebehörden (Gemeindename, Erreichbarkeit) sowie vollständig alle betroffenen Datensätze, die von den jeweiligen Meldebehörden an das BZSt übermittelt worden sind. (Hinweis: Konflikte können auch innerhalb derselben Meldebehörde auftreten.)</p> <p>Außerdem wird das Element konfliktmanagement zur Erleichterung der Kommunikation übermittelt.</p> <p>Hinweis: Diese Nachricht wird nur in der Phase der „Erstvergabe“ verwendet.</p> <p>Rechtsgrundlage: § 4a MRRG in Verbindung mit § 139b (9) AO</p>	Seite 437
0506	<p>Mit dieser Nachricht zieht eine Meldebehörde einen früher gestellten Antrag (mit einer Nachricht 0500) auf Erteilung einer IdNr zurück.</p> <p>Diese Nachricht wird von der Meldebehörde an das BZSt gesandt, nachdem innerhalb der Meldebehörde eine <i>Klärung von Amts wegen</i> zu dem Ergebnis geführt hat, dass eine frühere Anforderung der Vergabe einer IdNr zu Unrecht erfolgt ist.</p> <p>Rechtsgrundlage: § 139b (6), (7) AO</p>	Seite 439
0507	<p>Falls bei einer melderegisterinternen Konsolidierung festgestellt wird, dass der Eintrag für eine (mit Haupt- oder alleiniger Wohnung gemeldeten) Person zu löschen ist, so ist mit dieser Nachricht (0507) das BZSt zu informieren.</p> <p>Führt die Meldebehörde in ihrem Register zwei Datensätze zusammen, teilt sie die weiterhin geltende und die stornierte IdNr dem BZSt mit dieser Nachricht mit.</p> <p>Rechtsgrundlage: § 4a MRRG</p>	Seite 440
0508	<p>Wird in einer von einer Meldebehörde erhaltenen Nachricht bei der BZSt-seitigen Plausibilitätskontrolle ein Fehler entdeckt, so sendet das BZSt eine Nachricht 0508 an die entsprechende Meldebehörde.</p> <p>Darin wird mit der Schlüsselnummer 49 der Meldebehörde eine grobe Fehlerklassifizierung übermittelt. Mit differenzierten Hinweisen resp. Freitexten in den zusätzlichen Feldern kann das BZSt eine eigene Fehlerbeschreibung angeben. – Damit bekommt das BZSt einen Gestaltungsspielraum unabhängig von OSCI–XMeld.</p> <p>Beispiele für Fehler sind: Geburts- oder Todesdatum liegt in der Zukunft, übermittelte Felder sind leer, etc.</p> <p>Bei dieser Nachricht handelt es sich um eine Sammelnachricht. Somit kann das BZSt mehrere Fälle (die sich auf verschiedene fehlerhafte Nachrichten beziehen können) an eine Meldebehörde übermitteln.</p> <p>Rechtsgrundlage: § 4a (3) MRRG</p>	Seite 442
0509	<p>Hiermit teilt eine Meldebehörde auf Anforderung des BZSt mit, dass die Person in dieser Meldebehörde mit der angegebenen IdNr zu Recht geführt wird, die Meldebehörde also zuständig ist. Diese Nachricht kann somit als Antwort auf eine Konfliktmitteilungsnachricht 0505 oder 0503 geschickt werden.</p> <p>Rechtsgrundlage: § 4a MRRG</p>	Seite 444
0510	<p>Mit dieser Nachricht teilt eine Meldebehörde dem BZSt mit, dass sie nicht mehr für den Betroffenen zuständig ist. Diese Nachricht wird geschickt, wenn entweder eine Abmeldung ins Ausland/Unbekannt, eine Abmeldung von Amts wegen oder der Tod des Betroffenen vorliegt.</p> <p>Rechtsgrundlage: § 4a MRRG in Verbindung mit § 139b (8) AO</p>	Seite 445

Nummer	Beschreibung	Verweis
0511	Hiermit teilt eine Meldebehörde auf Anforderung des BZSt mit, dass die Person in dieser Meldebehörde mit der angegebenen IdNr nicht geführt wird. Diese Nachricht kann somit als Antwort auf eine Konfliktmitteilungsnachricht 0505 bzw. 0503 geschickt werden. Aus diesen Nachrichten sind dafür die Daten der auslösenden Person in das Element konfliktfall.person zu übernehmen. Rechtsgrundlage: § 4a MRRG	Seite 447
0512	Mit dieser Nachricht kann eine Meldebehörde (nach Klärung) eine fehlerhafte Beantragung einer IdNr zurückziehen. Gleichzeitig teilt sie dem BZSt diejenige IdNr mit, die sie im Rahmen des Klärungsprozesses ermittelt hat. Diese Nachricht ist daher eine der möglichen Antwortnachrichten auf die Konfliktmitteilungsnachricht 0503. Rechtsgrundlage: § 4a MRRG	Seite 448
0513	Diese Nachricht wird in folgenden Fällen von der Meldebehörde an das BZSt geschickt: <ul style="list-style-type: none"> • Meldebehörde ist bei Erhalt der Nachricht 0501 nicht mehr zuständig, so dass keine VBM-Zuordnung möglich ist • Meldebehörde ist bei Erhalt der Nachricht 0508 nicht mehr zuständig, so dass keine VBM/IdNr-Zuordnung möglich ist Aufgrund dessen können nur die Angaben aus der erhaltenen Nachricht (0501 oder 0508) zurückgesendet werden.	Seite 450
0514	Diese Nachricht wird von der Meldebehörde an das BZSt geschickt, falls der Brief mit der IdNr nicht zugestellt werden konnte.	Seite 452
0515	Mit dieser Nachricht teilt die Gemeinde aufgrund einer Umbenennung einer Gemeinde oder einer Änderung am Gemeindegefüge (Änderung des AGS und/oder amtl. Gemeindennamens (Wohnort)) dem BZSt die veränderten Anschriftsdaten mit. Dabei sind Situationen denkbar, bei denen BZSt-seitig <i>noch</i> keine Informationen über die geänderten AGS/Gemeindennamen vorliegen. Die Nachricht darf deshalb nicht zurückgewiesen werden. Ändern sich in diesem Zusammenhang weitere Anschriftsdaten, werden diese ebenfalls mit dieser Nachricht mitgeteilt. Es werden der komplette für das BZSt erforderliche Datensatz des Steuerpflichtigen sowie Plausibilitätsdaten übermittelt (nach § 139b AO). Für die Übermittlung anderer Anschriftsdaten-Änderungen ist Nachricht 0502 vorgesehen. Auf Seiten des BZSt bewirkt der Erhalt dieser Nachricht, dass (bis zu einer erneuten Mitteilung über den Wechsel der Zuständigkeit) Änderungsnachrichten nur von derjenigen Meldebehörde akzeptiert und bearbeitet werden, die sich mit einer Nachricht dieses Typs als <i>„zuständig für den Betroffenen“</i> erklärt hat. Rechtsgrundlage: § 139b (8) AO	Seite 454
0540	Zur Prüfung der Rechtmäßigkeit des Bezugs von Kindergeld übermitteln die Meldebehörden mit dieser Nachricht Informationen über <i>alle</i> ¹ Einwohner, zu deren Person auch Daten minderjähriger Kinder gespeichert sind. Grundlage ist <i>„§ 3 2. BMeldDÜV Datenübermittlungen an die Bundesagentur für Arbeit“</i> . Diese Nachricht ist als Sammelnachricht konzipiert, so dass mit einer Nachricht auch mehrere Abgleichsmittelungen übermittelt werden können.	Seite 558
0545	Die Meldebehörde übermittelt mit dieser Nachricht Informationen über Namensänderungen eines Einwohners, der das 14. Lebensjahr vollendet hat, nach <i>„§ 5b 2. BMeldDÜV Datenübermittlungen an das Kraftfahrt-Bundesamt“</i> . Diese Nachricht ist als Sammelnachricht konzipiert, so dass mit einer Nachricht auch mehrere Namensänderungen übermittelt werden können.	Seite 565

Nummer	Beschreibung	Verweis
0550	Die Meldebehörde übermittelt mit dieser Nachricht Informationen über Namensänderungen nach " <i>§ 5a 2. BMeldDÜV Datenübermittlungen an das Bundeszentralregister</i> ". Diese Nachricht ist als Sammelnachricht konzipiert, so dass mit einer Nachricht auch mehrere Namensänderungen übermittelt werden können.	Seite 560
0555	Die Meldebehörde übermittelt mit dieser Nachricht alle im Rahmen der Wehrüberwachung erforderlichen Informationen nach " <i>§ 2 2. BMeldDÜV Datenübermittlungen an die Kreiswehrrersatzämter</i> ". <ul style="list-style-type: none"> • Wegzugsmitteilung • Zuzugsmitteilung • Änderungsmitteilung Diese Nachricht ist als Sammelnachricht konzipiert, so dass mit einer Nachricht auch mehrere Wehrüberwachungsmitteilungen übermittelt werden können. Allerdings muss eine Datenübermittlung mindestens eine Wegzugs-, Zuzugs- oder Änderungsmitteilung enthalten.	Seite 541
0560	Die Meldebehörde übermittelt mit dieser Nachricht Informationen zu erklärungspflichtigen Mehrstaatlern (sog. Optionsmitteilung; Grundlage für die Datenübermittlung: " <i>§ 34 Abs. 2 StAG i. V. m. § 5d 2. BMeldDÜV Datenübermittlungen an das Bundesverwaltungsamt</i> "). Die grundsätzlichen Bedingungen für die Meldung ergeben sich aus § 29 StAG: <ul style="list-style-type: none"> • Geburtsort der erklärungspflichtigen Person: Ort in Deutschland • Geburtstag der erklärungspflichtigen Person: ab 01.01.1990 • Staatsangehörigkeit: deutsch und mindestens eine weitere Staatsangehörigkeit • Tag der Meldung an Bundesverwaltungsamt: bis zum zehnten Tag jedes Kalendermonates für erklärungspflichtige Personen, die im darauf folgenden Monat das 18. Lebensjahr vollenden Zusätzliche Bedingungen für Meldungen nach § 34 Abs. 2 S. 1 StAG: <ul style="list-style-type: none"> • aktueller Wohnsitz: Ort im Ausland • unzulässige Wohnsitzangabe: "<i>unbekannt</i>" Zusätzliche Bedingungen für Meldungen nach § 34 Abs. 2 S. 2 StAG: <ul style="list-style-type: none"> • aktueller Wohnsitz: Ort in Deutschland • unzulässige Wohnsitzangabe: "<i>unbekannt</i>" Diese Nachricht ist als Sammelnachricht konzipiert, so dass mit einer Nachricht auch mehrere Optionsmitteilungen übermittelt werden können.	Seite 569
1000	Geburten und Zuzüge aus dem Ausland werden mit dieser Nachricht übermittelt.	Seite 583
1001	Alle DSRV-relevanten Änderungen in einem Melderegister (mit Ausnahme von Informationen zu Geburten und Zuzügen aus dem Ausland) werden mit dieser Nachricht übermittelt. Dies schließt einen Zuzug aus dem Inland ein. Abmeldungen in das Ausland, nach unbekannt, nach See oder ohne Angabe werden ebenfalls mit dieser Nachricht mitgeteilt, während Abmeldungen über das normale Rückmeldeverfahren der Meldebehörden nicht mitgeteilt werden.	Seite 586
1002	Mit dieser Nachricht werden Geburtsmitteilungen für die jeweilige Mutter mitgeteilt.	Seite 590
1003	Diese Nachricht ist zu übermitteln, wenn Daten eines Kindes bezogen auf die Geburtsmitteilung korrigiert werden. Dies beinhaltet auch die Aufhebung einer fehlerhaften Mutter/Kind-Beziehung.	Seite 592
Nachrichten der Hauptgruppe melderegisterauskunfteinfach		

Nummer	Beschreibung	Verweis
0600	<p>Diese Nachricht enthält eine Liste von Auskunftersuchen nach § 21 MRRG und wird von einem privaten Kunden (Endkunde oder Broker) direkt an eine Meldebehörde geschickt.</p> <p>Auf diese Nachricht wird mit einer Liste von Suchergebnissen reagiert (0601). Erweiterte Melderegisterauskünfte werden durch diesen Dienst nicht unterstützt.</p>	Seite 481
0601	<p>Diese Nachricht repräsentiert das Ergebnisdokument für eine einfache Melderegisterauskunft nach § 21 MRRG. Sie wird von einer Meldebehörde an den anfragenden privaten Kunden geschickt.</p> <p>Übermittelt werden die gesetzlich zulässigen Daten über den Betroffenen. Dabei ist über den antwortstatus feststellbar, ob Antwortdaten geliefert worden sind, d. h., ob die korrespondierende Anforderungsnachricht bearbeitet wurde. Falls Antwortdaten vorliegen, so wird für jede angefragte Person im Kindelement auskunft.antwort durch die Belegung der dortigen Kindelemente ergebnisstatus, beziehungpersonwohnung und zusatzinformation die Art der Antwort genau spezifiziert.</p> <p>Das Verhalten bei Vorliegen einer Auskunftssperre ist einheitlich geregelt, siehe Abschnitt 8.7.5.1 auf Seite 490.</p>	Seite 482
0602	<p>Diese Nachricht enthält eine Liste von (einem oder mehreren) Auskunftersuchen nach § 21 MRRG und wird vom Kunden an einen Dienstleister geschickt. Sie richtet sich aber nicht an eine Meldebehörde sondern an einen Leistungserbringer (Broker), der bei Bedarf eine gemeindeübergreifende Suche und eine Adresskettenverfolgung durchführt. Ausgangspunkt der Suche je Einzelfall ist dabei immer eine bestimmte Meldebehörde. Im jeweiligen Suchprofil muss eine bekannte Anschrift des Betroffenen so angegeben werden, dass der Leistungserbringer daraus die Gemeinde zweifelsfrei identifizieren kann, in deren Melderegister die Suche beginnen soll. Darüber hinaus müssen die Angaben zum Betroffenen den Anforderungen des § 21 Abs. 1a MRRG genügen und geeignet sein, den Betroffenen im Melderegister der ermittelten Gemeinde zweifelsfrei zu identifizieren. Dabei erlaubt das Suchprofil eine Parametrisierung der Suche nach folgenden Kriterien:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Ausschluss der Adresskettensuche • Kostenobergrenze <p>Zu dieser Nachricht wird vom Leistungserbringer zunächst eine Auftragsbestätigung mit der Auftragsnummer geschickt (0603).</p> <p>Der Leistungserbringer übermittelt anschließend die Suchergebnisse mit einer oder mehreren Ergebnismeldungen (0604). In den Ergebnismeldungen sind die zugehörigen Kosteninformationen enthalten. Die Rechnungsstellung ist hingegen nicht im Rahmen von OSCI-XMeld spezifiziert.</p>	Seite 485
0603	<p>Diese Nachricht ist die Auftragsbestätigung zu einer eingegangenen Nachricht 0602 und wird vom Dienstleister an den Kunden geschickt. Sie enthält eine Auftragsnummer, die vom Leistungserbringer vergeben worden ist. Über diese Auftragsnummer ist in allen weiteren Nachrichten des Leistungserbringers der eindeutige Bezug zur ursprünglichen Anfrage möglich.</p> <p>Falls von der anfragenden Stelle in der Anfragenachricht 0602 das Feld zeichennachricht mitgeliefert wurde, wird es mit dieser Nachricht zurückgesendet (Bearbeitung asynchroner Anfragen werden für die anfragende Stelle erleichtert).</p>	Seite 486

Nummer	Beschreibung	Verweis
0604	<p>Diese Nachricht liefert Ergebnisse zu einer Bestellung (siehe Nachricht 0602) und wird vom Dienstleister an den Kunden geschickt. Es kann sich um eine Teillieferung handeln, so dass pro Bestellung eine oder mehrere Nachrichten dieses Typs geliefert werden können. (Beispiel: Ein Endkunde beauftragt einen Leistungserbringer mit der Suche nach 100 Personen. Mit der ersten Antwortnachricht erhält er Auskünfte für 35 der gesuchten Personen, in einer zweiten Nachricht Auskünfte bezüglich 60 weiterer Personen und schließlich in einer dritten und letzten Nachricht Auskünfte für die verbliebenen fünf Personen.) Der Zusammenhang der Teillieferungen wird über die Auftragsnummer hergestellt. Anhand der Ausprägung des Elementes <code>type.melderegisterauskunfteinfach.bearbeitungsstand</code> ist erkennbar, wie weit die Bearbeitung der Bestellung schon fortgeschritten ist.</p>	Seite 487
Nachrichten der Hauptgruppe statistik		
0800	<p>Mit der Nachricht 0800 werden wanderungsstatistikrelevante Zugänge, Wegzüge, Korrekturen und Rücknahmen übermittelt:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Mit dem Container <code>statistik.wanderungzugang</code> werden dem Statistischen Landesamt sowohl Personenzugänge als auch Rücknahmen von Zugangsmeldungen in der Berichtsgemeinde mitgeteilt. Unter einem Personenzugang ist zu verstehen: <ul style="list-style-type: none"> - Neuansmeldung einer Person mit dem Status <i>Alleinige Wohnung (AW)</i> oder <i>Hauptwohnung (HW)</i> aus einer anderen (inländischen) Gemeinde, aus dem Ausland oder <i>„von unbekannt“</i> - Statuswechsel einer Nebenwohnung in Haupt- oder alleinige Wohnung Die Anmeldung einer Nebenwohnung wird nicht übermittelt. Diese Nachricht kann ebenfalls Rücknahmen von Zugangsmeldungen enthalten. Unter der Rücknahme einer Zugangsmeldung ist zu verstehen: <ul style="list-style-type: none"> - Eine vollständige Personenzugangsmeldung ist irrtümlich übermittelt worden und muss zurückgenommen werden. Im Gegensatz dazu wird bei irrtümlichen Angaben einzelner Felder einer Zugangsmeldung diese durch eine Nachricht mit einem Eintrag im Container <code>statistik.wanderung-korrekturzugang</code> korrigiert. • Mit dem Container <code>statistik.wanderungskorrekturzugang</code> werden dem Statistischen Landesamt die Korrekturen von Zugängen im Sinne der Wanderungsstatistik (Zuzüge und Statuswechsel) mitgeteilt. • Mit dem Container <code>statistik.wanderungwegzug</code> werden dem Statistischen Landesamt Wegzüge von Personen aus alleiniger Wohnung in der Berichtsgemeinde mitgeteilt, sofern die Person ins Ausland oder <i>„nach unbekannt“</i> verzieht bzw. von der Berichtsgemeinde von Amts wegen <i>„nach unbekannt“</i> abgemeldet worden ist. Die Abmeldung einer Nebenwohnung wird nicht übermittelt. Diese Nachricht kann ebenfalls Rücknahmen von Wegzugsmeldungen enthalten. Unter der Rücknahme einer Wegzugsmeldung ist zu verstehen: <ul style="list-style-type: none"> - Eine vollständige Personenwegzugsmeldung ist irrtümlich übermittelt worden und muss zurückgenommen werden. Im Gegensatz dazu wird bei irrtümlichen Angaben einzelner Felder einer Wegzugsmeldung diese durch eine Nachricht im Container <code>statistik.wanderungskorrekturwegzug</code> korrigiert. • Mit dem Container <code>statistik.wanderungskorrekturwegzug</code> werden dem Statistischen Landesamt die Korrekturen von Wegzügen im Sinne der Wanderungsstatistik (Fortzüge ins Ausland und <i>„nach unbekannt“</i>) mitgeteilt. 	Seite 526

Nummer	Beschreibung	Verweis
0801	Mit der Nachricht 0801 werden Staatsangehörigkeitswechsel (inkl. Rücknahmen und Korrekturen) übermittelt. Übermittlungsrelevant sind nur Fälle, an denen eine deutsche Staatsangehörigkeit beteiligt ist. Die jeweiligen Satzarten legen fest, ob ein Wechsel der Staatsangehörigkeit von <i>nichtdeutsch</i> nach <i>deutsch</i> oder umgekehrt erfolgt ist. Der Wechsel zwischen zwei nichtdeutschen Staatsangehörigkeiten darf nicht übermittelt werden. Die Berichtsgemeinde kann nur die Gemeinde der alleinigen oder Hauptwohnung des Betroffenen sein.	Seite 529
Nachrichten der Hauptgruppe administration		
0900	Mit dieser Nachricht wird eine an eine Meldebehörde gerichtete Nachricht als fehlerhaft an die sendende Meldebehörde zurückgewiesen, die erhaltene Nachricht wurde nicht verarbeitet. Informationen zu der zurückweisenden Stelle sowie den Grund der Zurückweisung sind im Kindelement rts.container enthalten.	Seite 603
0901	Mit dieser Nachricht wird eine an eine Meldebehörde gerichtete Nachricht als fehlerhaft an die sendende Bundesbehörde zurückgewiesen, die erhaltene Nachricht wurde nicht verarbeitet. Informationen zu der zurückweisenden Stelle sowie den Grund der Zurückweisung sind im Kindelement rts.container enthalten.	Seite 604
0902	Mit dieser Nachricht wird eine an eine Bundesbehörde gerichtete Nachricht als fehlerhaft an die sendende Meldebehörde zurückgewiesen, die erhaltene Nachricht wurde nicht verarbeitet. Informationen zu der zurückweisenden Stelle sowie den Grund der Zurückweisung sind im Kindelement rts.container enthalten.	Seite 605
0903	Mit dieser Nachricht wird eine an eine Meldebehörde gerichtete Nachricht als fehlerhaft an die sendende andere Behörde zurückgewiesen, die erhaltene Nachricht wurde nicht verarbeitet. Informationen zu der zurückweisenden Stelle sowie den Grund der Zurückweisung sind im Kindelement rts.container enthalten.	Seite 606
0904	Mit dieser Nachricht wird eine an eine andere Behörde gerichtete Nachricht als fehlerhaft an die sendende Meldebehörde zurückgewiesen, die erhaltene Nachricht wurde nicht verarbeitet. Informationen zu der zurückweisenden Stelle sowie den Grund der Zurückweisung sind im Kindelement rts.container enthalten.	Seite 607
0905	Diese Nachricht ermöglicht es, für spezielle personenbezogene Fälle im Meldewesenkontext Sachverhalte mitzuteilen, die nicht auf einer Fortschreibung im Melde-register basieren.	Seite 609
0906	Diese Nachricht ermöglicht es Meldebehörden, für spezielle personenbezogene Fälle im Meldewesenkontext Sachverhalte an andere Behörden mitzuteilen.	Seite 611
0907	Diese Nachricht ermöglicht es anderen Behörden, für spezielle personenbezogene Fälle im Meldewesenkontext Sachverhalte an Meldebehörden zu übermitteln.	Seite 613

1. Da die Meldebehörde keine Informationen darüber besitzt, wer kindergeldberechtigt ist, wird für jede Person, der ein minderjähriges Kind zugeordnet ist, ein Kindergeldabgleich durchgeführt.